



Miltalader

Tagblatt

Enztalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enztal

Er erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage. Bezugspreis monatlich 1.50 RM, bei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im In- und Ausland monatlich 1.75 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Geschäfts- u. Anzeigen-Redaktion: Wildbad, Enztal, am 18. Januar 1933. — Druck: Druck u. Verlags-Gesellschaft: Theodor Graf, Wildbad, Enztal, Tel. 479. — Werbung: W. H. Hubertus

Nummer 14

Freitag 479

Mittwoch den 18. Januar 1933

Freitag 479

68. Jahrgang.

Der Deutsche Tag

Die Bedeutung des 18. Januar 1871 wird erst klar, wenn man diesen Tag hineinstellt in den Gesamtlauf der deutschen Geschichte.

Dreimal hat unser Volk ein Zeitalter der Jugend gehabt. Das erste in der Epoche der großen Völkerwanderungen, als die germanischen Stämme ihre Herzöge auf alle Throne des Abendlands bis hin nach Afrika, setzten, die Byzanz neuen Halt und Osteuropa die erste staatliche Ordnung gaben. Es schließt mit dem Versuch der Karolinger, ein neues Universalreich des Westens auf germanischer Grundlage aufzurichten. Von diesem Zeitalter großartiger Verschwendung der germanischen Kräfte zeugen bis auf unsere Tage das Grabmal Theoderichs in Ravenna und der Name des Landes, das zum Erbfeind Deutschlands werden sollte.

Die zweite Jugend unseres Volks war nicht mehr allgermanisch, sondern deutsch. Während gewaltige germanische Kraftströme in den großen Blut-Übertragungen sich verbraucht haben, durch welche die sinkenden Völker des alten römischen Reichs zu neuem Leben taumen, bildet sich in der alten mitteleuropäischen Heimat das mittelalterliche, das erste deutsche Reich. Mit dem erfolgreichen Anspruch auf die römische Kaiserkrone behauptet es das Erstgeburtsrecht unter den nachrömischen Staaten der abendländischen Welt; unter den großen Sachsen, Saliern und Staufern zugleich eine unbefristete tatsächliche Vormachtstellung. Noch nach dieser Glanzzeit des römischen Reichs Deutscher Nation strömt die Kraft des deutschen Volkes nach außen über in den Großtaten der Hansaberrschafft und der Kolonisation des Ostens. Das Reich aber wird, nachdem die straffe staatliche Zusammenfassung durch ein wirklich nationales Kaiserertum mehr und mehr aufgehört hat, immer kraftloser; und in den laien Glaubensfehden bricht schließlich durch den Krieg der dreißig Jahre auch die deutsche Volkskraft völlig nieder.

Bei dem deutschen Zusammenbruch von 1918 lag der Vergleich mit dem Zusammenbruch Preußens nach Jena nahe genug. Er war in Wirklichkeit vorwiegend negativ gegeben. Raub großer Gebiete, Entwaffnung, Besetzung, Auflegung unerschwinglicher Kontributionen. Während aber Preußen nach Tilft fast mit Sicherheit hoffen konnte, in wenigen Jahren den Befreiungskampf gegen den Korven aufzunehmen dessen Genie schließlich fast gegen die ganze nichtfranzösische Welt allein stand, muß Deutschland heute darauf rechnen, noch für lange Zeit fast allein gegen übermächtige Sieger zu stehen. Bis in die Zeit nach dem friedlosen Frieden von Münster und Osnabrück ist es in seiner nationalen Stellung zurückgeworfen. Es klingt doch wie eine Schilderung unserer Tage, wenn Heinrich von Treitschke von dem damaligen Zustand Deutschlands schreibt:

„Das heilige Reich blieb durch seine Schwäche, wie einst durch seine Stärke, der Mittelpunkt und die Grundlage des europäischen Staatensystems. Eine stille Verschwörung des gesamten Auslands hielt die Mitte des Festlands gebunden... Das Volk der Mitte empfing die Befehle aller Welt.“ Wie damals, so wird auch heute dieser Zustand Deutschlands heuchlerisch „aberall in der Welt als die feste Burg des europäischen Friedens“ gepriesen.

Aber wir denken auch an ein anderes Wort Treitschkes: „Die grauenhafte Verwüstung schien den Untergang des deutschen Namens anzukündigen, und sie ward der Anfang eines neuen Lebens“. Aus der Zerfetzung des Reichs in selbständige Einzelstaaten erwuchs neue kraftvolle Staatlichkeit; in dem Aufstieg Brandenburg-Preußens erlebte Volk und Staat der Deutschen eine neue Jugend. Zwischen den großen Fürsten, Feldherren und Staatsmännern, die in zwei Jahrhunderten den neuen deutschen Staat aufbauen, stehen die Großen von Weimar; jetzt eine zweite Periode klassischer Literatur, mit der kein anderes Volk in der Geschichte ähnlich begünstigt ist, dafür, daß das deutsche Volk nach dem Glend des Dreißigjährigen Krieges die Kraft fand, gleichsam seine Geschichte von neuem wieder anzufangen.

Daß der Tag, an dem in Versailles das zweite Reich, das Deutsche Kaiserium Deutscher Nation, begründet wurde, den strahlenden Gipfelpunkt dieser dritten germanischen und zweiten deutschen Jugend bildet; daß durch ihn das Land der europäischen Mitte aus dem Schwächerezentrum wieder das Kraftzentrum in Europa wurde; daß nach dem 18. Januar 1871 das deutsche Volk erst wieder erkannte, wie stark es sein kann, wenn es einia ist; daß es in diesem zweiten Reich eine Bestimmung gewann, wie es seit der Stauferzeit nicht mehr besessen hatte: das macht den 18. Januar zu einem deutschen Tag von einer Bedeutung, wie ihn seit der Barussafchlacht kaum ein anderer einzelner Tag in unserer zweitausendjährigen Geschichte hat!

Das gibt der Feier des 18. Januar ihre tiefe Freudigkeit und ihren schweren Ernst.

Der Ernst steht voran. Militärisch sind wir heute noch schwächer, als das alte Reich nach dem Dreißigjährigen Krieg war. Wirtschaftlich drohen wir unter der Wirkung eines Ausaugungsapparates, wie ihn erst die moderne Geldwirtschaft überhaupt ermöglicht, noch schwächer zu werden, sind wir jedenfalls unendlich unfreier als damals, wo unser

Tagespiegel

Im Befinden des Kaisers Wilhelm ist eine Besserung eingetreten. Nach Meldungen aus dem Haus Doorn macht er wieder keine gewohnten Spaziergänge durch den Park seiner Besitzung.

Der Staatssekretär im Reichspostministerium, Dr. Fejerabend, tritt in den Ruhestand. An seiner Stelle wurde Ministerialdirektor Dr. Krusow zum Staatssekretär ernannt.

Laut ENB. fand die Besprechung Hitler — Hugenberg am Dienstag abend in Berlin statt. Die Aussprache drehte sich um die Möglichkeit einer Zusammenarbeit, wodurch eine Reichstagsauflösung vermieden würde. Vor der Sitzung des Reichstags am 20. Januar wird jedoch eine Klärung kaum zu erwarten sein.

Der langjährige Präsident der Brandenburgischen Landwirtschaftskammer, Rittergutsbesitzer von Oppen-Dannenwalde, teilte bei der Eröffnung der 47. Hauptversammlung in Berlin am Dienstag mit, daß er in die NSDAP. eingetreten sei und den Vorschlag niederlege. In der Eröffnungsrede trat er entschieden für die Entlassung des Vorstands des Reichslandbunds ein unter scharfen Angriffen gegen das Kabinett Schleicher. Die Kammer trat in einer Entschließung den Forderungen des Reichslandbunds und der übrigen Spitzenverbände bei.

Der Vorsitzende des Landesverbandes Lippe der Deutschnationalen Volkspartei, Rechtsanwalt Petri, hat sein Amt niedergelegt.

Volk noch über einen verhältnismäßig weiten Lebens- und Nahrungsraum verfügte.

Dennoch ist der 18. Januar auch ein Tag der Freude. Mit Recht allerdings nur, wenn er zugleich ein Tag ernster Entschloß und innerster Erneuerung in deutschem Geist und Willen ist.

In einem stehen wir heute günstiger da als nach dem Dreißigjährigen Krieg: damals war in Deutschland der Reichsgedanke fast erloschen, heute ist er, wenn auch in veränderten Ausprägung, in der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volks lebendig. Auch das ist eine Frucht des 19. Januar 1871! Und in einer anderen günstiger als Preußen nach 1806. Damals war Preußen nicht nur mit der unruhigen Niederlage von Jena beladen; an hundert Stellen lasteten Schmach und Schande auf der Armee, die sich soeben in dem Ruhm des großen Friedrich gekannt hatte. Die deutschen Fahnen haben durch mehr als vier Jahre sich gegenüber fast der ganzen Welt mit einem Ruhm behauptet, wie ihn ehrenvoller kein Heldensiege der Geschichte kennt. Ein Volk, das mit solcher Tapferkeit gelitten und gekämpft hat, kann noch nicht dem Niedergang verfallen sein!

Syrup über den Arbeitsdienst

Berlin, 17. Jan. Reichsarbeitsminister Dr. Syrup wies im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstags darauf hin, daß wir rund 1 Million männliche und 400 000 weibliche Arbeitslose unter 25 Jahren haben. Es handelt sich also nicht um Einzelstufale, sondern um das Schicksal ganzer Altersklassen. Und zwar treffe dieses Schicksal nicht nur die Lehrlinge, sondern auch die Abiturienten, die ratlos vor der Berufswahl stehen und die Jungakademiker, die zweiten und dritten Bauernsöhne. Aus diesem Grund sei erstmals im Juli 1931 der Freiwillige Arbeitsdienst eingeführt worden. Im Oktober 1931 habe man rund 300 Arbeitsdienstwillige gezählt. Am 1. Januar 1932 7000, im Februar 27 000, im Sommer 74 000. Dann habe der Arbeitsdienst durch eine neue Verordnung neuen Auftrieb erhalten, so daß die Zahl der Arbeitsdienstwilligen am 1. September auf 144 000 stieg. Die höchste Zahl sei 280 000 gewesen, jetzt sei sie etwas gesunken, habe aber am 1. Januar immerhin noch rund eine Viertelmillion betragen. Die Arbeit müsse in erster Linie zweckvoll sein, damit die jungen Leute in ihr Befriedigung finden. Ferner sollen die Arbeiten gemeinnützig und zusätzlich sein. So habe sich ein bestimmter Kreis von Arbeiten herausgebildet, und zwar im wesentlichen Vandeskulturarbeiten, bei denen ohne Großgeräte gearbeitet werden kann, nur mit Hade und Schaufeln. Groß sei auch die erzieherische Bedeutung der Arbeit. Es habe sich gezeigt, daß für männliche Jugendliche die geschlossenen Lager geeignet sind, bei denen auch die Möglichkeit zur Liebernachtung besteht, während die weiblichen im allgemeinen at. nds zu ihren Familien entlassen werden.

Im Mittelpunkt des Arbeitsdienstes stehe die Arbeit. Die daneben gepflegte sportliche Betätigung mache keine Schwierigkeiten. Bei der Gestaltung der Abende müsse man Schulmeistererei vermeiden. Es komme wesentlich auf die Mitwirkung der Jugendlichen selbst an.

Aus Reichsmitteln wurden für den Einzelnen freiwillige Beiträge von durchschnittlich 2 Mark je Tag auf 20 Wochen, bei volkswirtschaftlich wertvollen Arbeiten auf 40 Wochen

Die drei Angestelltenvereinigungen haben in einer Deut- schrift an Reichsregierung und Reichstag gegen die Bevor- rechtung der Militär-Versorgungsanwärter bei der Besetzung von Angestelltenstellen in der öffentlichen Verwaltung Ein- spruch erhoben.

Vom 21. bis 27. Juli d. J. wird in Hamburg das dies- jährige Treffen der Reichsvereinigungen ehemaliger Kriegs- gefangener e. V. abgehalten.

In der Sitzung des preussischen Landtags am Dienstag kam es wieder zu einer kleineren Schlägerei zwischen Natio- nalsozialisten und Kommunisten.

Der Vollstreckungsschuh im Osten der neuen Notverord- nung erstreckt sich nicht auf die nicht mehr sanierungsfähigen landwirtschaftlichen Betriebe. Eine Ausdehnung auf das ganze Reich könnte nach dem „Börsekurier“ nur für be- wegliches Vermögen, also lebendes und totes Inventar, in Frage kommen. Der Zinsendienst solle aufrecht erhalten werden. Durch Versteigerung und Zerstückelung großer Güter werde die Bahn für eine großzügige Siedlung im Osten frei.

Die Genfer Arbeitszeitkonferenz veröffentlicht eine Ent- schließung, die die 40stündige Arbeitswoche empfiehlt ohne Einzelheiten festzulegen. Die Regierungen von England und Portugal haben sich dagegen ausgesprochen.

In Griechenland hat Wenikelos ein Kabinett der großen Koalition gebildet, in dem er selbst den Vorsitz führt. Die ausländischen Angelegenheiten übernimmt Michalopoulos.

geleitet. Das bedeutet 50 Mark für jeden Jugendlichen monatlich oder 600 Mark jährlich. Dazu kommen die Aus- gaben der Träger des Arbeitsdienstes für Materialien. Im Jahresdurchschnitt ergebe sich, daß zu den 600 Mark persön- lichen noch 400 Mark sachliche Unkosten hinzutreten. Jeder Arbeitsdienstwillige bedeute also eine finanzielle Belastung von 1000 Mark im Jahr. Davon entfallen drei Fünftel auf das Reich, zwei Fünftel auf die Träger der Arbeit. Eingestellt wurden sowohl Bezueher von Arbeitslosenunter- stützung, wie auch Krifen- und Wohlfahrtsunterstützte. Aber während der Dauer des Arbeitsdienstes ruht die Unter- stützung. Bis zum 20. Dezember 1932 seien 48 Millionen Mark für den F.A.D. ausgegeben worden. Auf neue Anfor- derungen hin seien dann weitere 25 Millionen bereitgestellt worden.

Bei der Arbeitsdienstpflicht umfaßt ein Jah- gang mindestens eine halbe Million Menschen. Für Jugendliche weiterer Jahrgänge müsse man dann wenigstens einen freiwilligen Arbeitsdienst zulassen. Rechnet man beim Arbeitsdienst mit einer Million Jugendlichen zu je 1000 Mark im Jahr, so ergebe sich eine Aus- gabe von einer Milliarde, wovon der Arbeits- dienstfonds 600 Millionen Mark aufzubringen hätte. Wer garantiert dafür, daß ein junger Mensch, der einen Arbeits- platz hatte, einen nach Ableistung seines Pflichtdienstes wiederbekommt? Wie solle man ferner für so viele junge Leute genug Arbeit beschaffen, zumal der pflichtmäßige Ar- beitsdienst nicht nur ein Jahr lang durchgeführt werden soll? Gerade die Freiwilligkeit bilde die Kameradschaft. Zwangs- weise Einführung von Leuten in die Lager müsse die Kameradschaft sprengen.

Blöthlicher Abbau der Lager sei nicht angeordnet worden, wohl aber habe den Trägern der Arbeit aufgegeben werden müssen, für den Winter Vorsorge zu treffen. Die Gefahr von Krankheiten habe unbedingt vermieden werden müssen. Daher habe man die Auflösung verschiedener Lager in Kauf nehmen müssen. An Unternehmer leiste der Freiwillige Arbeitsdienst keine Zahlungen. Mit dem Reichswehrminister sei er (Syrup) darin einig, daß militärische Gesichts- punkte mit dem Arbeitsdienst nichts zu tun haben. Die Regierung habe es auch nicht nötig, militärischen Befrehan- gen etwa ein soziales Mäntelchen umzuhängen. Erziehungs- ziele des Freiwilligen Arbeitsdienstes seien Kameradschaft- lichkeit und Achtung vor dem Anderdenkenden. Die Bei- tragseinnahmen der Arbeitslosenversicherung betragen 1.000 Mill. Mark im Jahr. Für Unterstüttung werden 700 Mill. Mark verbraucht. Der Rest von 300 Millionen müsse an die Reichskasse abgeführt werden. An sich sei es gleichgültig, ob dieses Geld unmittelbar oder auf dem Umweg durch die Reichskasse in den Freiwilligen Arbeitsdienst fließe. Aber es gehe nicht an, die Reichskasse als Träger des ganzen Arbeitsdienstes heranzuziehen. Das Reich müsse sich daran beteiligen.

Lünich zum Fall Reichslandbund

Köln, 17. Jan. Frhr. v. Lünich, der Vorsitzende der Vereinigung des Rheinischen Bauernvereins und des Rhein- nischen Landbunds, nimmt im „Westdeutschen Beobachter“ zu dem Streitfall Reichskabinett — Reichslandbund Stellung und wendet sich vor allem gegen die Sprache des Reichsverbands der Deutschen Industrie und der ihm nahe- stehenden Presse, die er als ebenso ungerecht wie anmaßend



... dass sich nun die Reichsregierung ...

In einer großen Versammlung des Bayerischen Bauernbunds erklärte der Vorsitzende Dr. Heim: Was der Vorstand des Reichslandbunds in einer Entschließung gesagt habe, sei Wort für Wort wahr.

Der abgeänderte Sanierungsplan

Paris, 16. Jan. Da die Kammer dem Sanierungsplan des Kabinetts Paul-Boncour bzw. des Finanzministers Chéron mit seinen Steuererhöhungen, neuen Steuern, Gehaltskürzungen usw. starken Widerstand entgegensetzte, und da die Regierung zweifellos über dieser Vorlage gestürzt worden wäre, hat sich die Regierung nach langem Zögern entschlossen, ihren Plan etwas abzuändern; der neue Plan wurde gestern vom Ministerrat gebilligt und heute der Kammer vorgelegt. Danach sollen die Rüftungsausgaben um 700 Mill. Franken (rd. 115 Mill. Mark), d. h. um 5 v. H. gekürzt werden, was freilich bei einer Gesamtüftungsausgabe von rund 14000 Mill. Franken nicht viel bedeutet. Um die Erregung der Kriegsteilnehmer und ehemaligen Frontkämpfer, deren Bezüge gekürzt werden sollen, zu beschwichtigen, wird zu ihren Gunsten eine staatliche Lotterie vorgeschlagen, deren Ertrag auf eine Milliarde Franken (164 Mill. Mk.) geschätzt wird. Von der Gehaltskürzung sollen Gehälter bis zu 12000 Franken verschont bleiben, bei den übrigen soll sie von 2 bis 10 v. H. gestaffelt und überhaupt erst in den Jahren 1933 und 1934 durchgeführt werden.

Neue Nachrichten Abgabe der Reichsregierung

Berlin, 17. Januar. Im Lauf dieses Monats soll in Berlin eine belgische Kunstausstellung abgehalten werden, um deren Zustandekommen sich dem Vernehmen nach der belgische Gesandte in Berlin, Graf de Kerchove de Dentergem, besonders bemüht hat. Infolge der großen Erregung, die sich der deutschen Öffentlichkeit wegen der letzten Ereignisse in Eupen-Malmédy bemächtigt hat, hat die deutsche Regierung ihre amtliche Beteiligung an dieser Veranstaltung abgelehnt.

Unsere deutschen Volksgenossen in Eupen-Malmédy, die unter dem gegenwärtigen belgischen Regime schwer bedrückt und sogar mit Ausnahmegerichten bedroht sind, haben eine Beteiligung der Reichsregierung an der belgischen Kunstausstellung nicht verstanden. Diese Entscheidung ist an sich gewiss bedauerlich. Schuld an ihr tragen jedoch nicht die deutschen Brüder der Reichsregierung, sondern die belgischen Brüder der Reichsregierung, die seit Jahr und Tag nichts Besseres wissen, als die verantwortlichen Regierungskreise zu Unfreundlichkeiten gegen Deutschland zu veranlassen. Der Fall Gille's war eine solche Unfreundlichkeit, die nicht ohne weiteres hingenommen werden konnte. Bis jetzt hat sich die belgische Regierung leider nicht dazu bequemt, für die Vereinigung dieser Angelegenheit zu sorgen. Auch in Eupen-Malmédy ist der Kurs kein anderer geworden. Die Reichsregierung ist mit ihrer Einstellung jedenfalls völlig im Recht und der ungetrübten Zustimmung aller dieser sicher, die in der Frage Eupen-Malmédy eine Sache der internationalen Gerechtigkeit erblicken. Von der kommunistischen preussischen Regierung darf man wohl erwarten, daß sie sich der Haltung der Reichsregierung anschließt.

Die Verordnung für Vollstreckungsschutz

Berlin, 17. Jan. Das Reichskabinett hat die Verordnung für Zwangs-Vollstreckungsschutz für die Landwirtschaft verabschiedet. Reichsjustizminister Dr. Görtler hat heute dem Reichspräsidenten über die in der Vorlage vorgesehenen Schutzmaßnahmen Vortrag gehalten. Die Verordnung wird voraussichtlich am Mittwoch abend veröffentlicht werden.

Dort unten in der Mühle

Roman von Stefan Ulf.

Copyright by Hans Weidlich, Zwickau/Sa.

44. Fortsetzung Nachdruck verboten. Nachmittags traf die Staatsanwaltschaft ein und nahm den Tatbestand auf. Die Ueberreste Brückners wurden gegen Abend in ungeweihter Erde verscharrt — es waren nur der Totengräber und zwei Polizisten anwesend. Der Pfarrer von Eppstein hielt in der Dorfkirche im Beisein der gesamten Einwohner eine Andacht ab, in der Gott gedankt wurde, daß er in gnädiger Weise ein graufiges Unheil von unschuldigen Menschen abgelenkt habe. Am nächsten Tage kam der Kriminalist Bernshausen nochmals auf die Burg, um sich zu verabschieden. Man sah noch einige gemüthliche Stunden beisammen. Poffenheim ließ den besten Wein auffahren, der im Keller war. Zigarren und Zigaretten standen auf dem Tisch im Erkerzimmer. Stache marschierte auf und ab, warf sich in die Brust und paffte an einer dicken Havanna. Poffenheim und Bernshausen sahen auf bequemen Armstühlen. „Es ist gut, daß wir hierhergekommen sind nach Eppstein“, versetzte Stache und blieb stehen. Er verschwand fast ganz in einer Rauchwolke, durch die seine gestikulierenden Arme schnitten. „Hier mußte mal gehörig aufgeräumt werden. Sollte doch keinen Wert mit dem Kerl da, erlaubte sich ja Sachen, — na... sowas soll man sich bieten lassen. So kam er gerade an die richtige Adresse.“ Er setzte seine Wanderung wieder fort, die Zigarre hing schräg im Mundwinkel, die Hände lagen auf dem Rücken und spielten mit dem Rockzipfel.

Die Landtagswahl in Lippe

Endgültiges Ergebnis

Detmold, 17. Jan. Das endgültige amtliche Ergebnis der lippeischen Landtagswahl stellt sich unter Berücksichtigung der eingegangenen Wahlbriefe von auswärtig weilenden Wahlberechtigten folgendermaßen: Sozialdemokraten 29 827, Deutsche Volkspartei 4380, Deutschnationale Volkspartei 6013, Lippeischer Landvolk 701, Kommunisten 11 040, Staatspartei 832, Nationalsozialisten 39 065, Katholische Volkspartei 2556, Evangelischer Volksdienst 4525, ungültige Stimmen 928. In der Mandatsverteilung hat sich nichts geändert. Von den insgesamt 117 120 Wahlberechtigten beteiligten sich 99 876 an der Wahl, was einer Wahlbeteiligung von 85,27 Prozent entspricht.

Feuerüberfall auf Nationalsozialisten

Hersloh (Westf.), 17. Januar. Auf eine Gruppe von Nationalsozialisten wurde gestern abend in der Nähe des Bahnhofs ein Feuerüberfall verübt; drei Nationalsozialisten wurden schwer verletzt. Die Polizei nahm mehrere der Angreifer fest.

Auf dem toten Punkt

Genf, 17. Januar. Nach den gestrigen Verhandlungen des Reunehner-Ausschusses besteht allgemein der Eindruck, daß die Vermittlungsbestrebungen des Völkerbunds im Chinesisch-japanischen Streit so ziemlich auf dem toten Punkt angekommen sind und daß sie wahrscheinlich schon ziemlich bald als ergebnislos abgebrochen werden müssen, wenn nicht unerwartet ein Einlenken Japans erfolgt. Der Völkerbund könne nicht länger die Zeit mit unnützen und aussichtslosen Bemühungen verbringen. In der gestrigen Aussprache soll eine bemerkenswerte verschärfte Stimmung gegen Japan zum Ausdruck gekommen sein, und der englische Außenminister Simon habe sich dieser Stimmungsausschüttung keineswegs entzogen. Man will übrigens wissen, Amerika habe in letzter Zeit diplomatische Schritte im Chinesisch-japanischen Streit unternommen. Der Vertreter der Vereinigten Staaten in Berlin, Botschafter Sackett, ist in Genf eingetroffen, um die Entwicklung als Beobachter zu verfolgen.

Widerspruch der katholischen Kirche

Sofia, 17. Jan. Vor einigen Tagen war dem bulgarischen Königspaar eine Tochter geboren worden. Die neugeborene Prinzessin Marieluise wurde alsbald nach griechisch-orthodoxem Ritus getauft. Die Mutter ist bekanntlich eine italienische Prinzessin und der Papst hatte seinerzeit die Einwilligung zur Trauung unter der Voraussetzung gegeben, daß die Kinder mit Ausnahme eines Kronprinzen römisch-katholisch getauft und erzogen werden. Der apostolische Nuntius Erzbischof Roncalli legte nun beim Ministerpräsidenten Mulschanoff Einspruch gegen die Taufe ein. Der Ministerpräsident erwiderte, die vorgenommene Taufe beruhe auf der bulgarischen Verfassung und einem darauf sich gründenden Beschluß des Regierungschefs und der Regierung und entspreche dem Willen des bulgarischen Volks. Der Nuntius erhob darauf auch bei König Boris Einspruch.

Die Königin von Italien ist zum Besuch ihrer Tochter in Sofia eingetroffen.

Kein russisch-japanischer Nichtangriffspakt

Moskau, 17. Jan. Auf den von der Sowjetregierung Ende 1931 gemachten Vorschlag eines Nichtangriffspakts erwiderte die japanische Regierung Ende 1932, sie halte den Augenblick für den Abschluß eines Nichtangriffspakts noch nicht für reif. Sie schlägt dagegen vorläufig die Einsetzung einer japanisch-sowjetrussisch-mandschurischen Kommission zur Verhütung von Grenzzwischenfällen vor. In der Antwort bedauert die Sowjetregierung, daß Japan den Antrag auf Abschluß eines Nichtangriffspakts für den gegenwärtigen Augenblick ablehne. Moskau halte den ersten Vorschlag aufrecht, sei aber bereit, über die Einsetzung einer Kommission zu verhandeln.

Scharfe Angriffe gegen die polnische Polizei

Warschau, 17. Jan. Im Verlauf der Aussprache über das Budget des Ministeriums des Innern im Haushaltsausschuss des Sejm beschwerte sich der Sozialist Cieloski über den in Polen herrschenden Polizeigeist. Kein Bereich des Privatlebens sei sicher vor Zugriffen der Behörden. Cieloski

„Am besten wäre es gewesen, wenn ich ihn damals beim Lenzing gleich dem Teufel übergeben hätte...“
Er wollte gerade in großem Bogen ausspucken, aber er befaß sich im letzten Augenblick, daß dies unstatthaft sei. Ueber den Krag- und Bismunden in seinem Gesicht, die ihm Brückner beigebracht hatte, lebten ein halbes Duzend Pfaffen. Er machte damit einen originellen Eindruck — sah aus wie ein bleistruhter Student nach einer hitzigen Menkur.
„Eine aufregende Geschichte war's“, versicherte der Kriminalist. „Ein Präzedenzfall in meiner Praxis... Teufel — wenn wir Stache nicht gehabt hätten...“
„Ja, wenn wir ihn nicht gehabt hätten!“ beionte Poffenheim. „Komm, stoße an — profit! — Auf das Wohl des tapferen Recken!...“
Stache wuchs um eine Handlänge. Er stürzte den Inhalt eines Glases die Kehle hinab.
„Na — das zieht“, meinte er befriedigt und nachdem er wieder einige Male kräftig an der Zigarre gezogen hatte, sagte er: „Aber jetzt ist wirklich Friede, Herr Graf — wirklich Friede... Es hat schlimme Tage gegeben, ehe wir das Fräulein Vore auf der Burg hatten. Aber nun ist sie da — gehört zu uns, nicht wahr, Herr Graf?...“
„Ein erkämpftes Glück ist das dauerhafteste“, erwiderte Poffenheim.
„Das ist klar“, bestätigte Stache. Dann wandte er sich an Bernshausen: „Was werden Sie nun machen, Herr Kriminalist?“
„Jetzt geht's an den nächsten Fall!...“
„Donnerwetter!... möchte doch nicht dauernd mit solchen Kerlen zu tun haben!...“

Erzählt dann, daß die Polizei in Krakau Verhaftete zwanzig Minuten lang gepöbeln habe. Die ohnmächtigen Opfer seien dann von den Polizisten in mit Wasser gefüllte Bottiche geworfen worden. Bei der Beobachtung herrsche der Eindruck, daß man sich nirgends über die Mißbräuche der Polizei beschweren könne.

Württemberg

Vollversammlung der Handwerkskammer

Stuttgart, 17. Jan. Unter Vorsitz von Schneiderobermeister Nebmann fand heute vormittag im Hörsaal des Württ. Landesgewerbeamts die gut besuchte 77. Vollversammlung der Handwerkskammer Stuttgart statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung überreichte der Vorsitzende dem früheren Reichstagsabgeordneten Friedrich Siller-Ludwigsbürg, dessen Geschäft 150 Jahre in seiner Familie geführt wird, die Ehrenurkunde der Kammer.

Der Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft des Deutschen Werkbunds, Architekt Stöck, erstattete einen Bericht über die Werkbund-Ausstellung Stuttgart 1933 „Deutsches Holz für Bauen und Wohnen“. Es werden beim Kochenhof etwa 15—20 Häuser, vom reinen Holzbau bis zum verputzten Fachwerkbau, erstellt, die nach Schluß der Ausstellung stehen bleiben und bewohnt werden. Als Ergänzung der Bauten ist eine Plan- und Modellausstellung von Holzbauten aus Deutschland, Oesterreich, Schweiz, Schweden, Norwegen, Finnland und Amerika vorgesehen. Es soll auch eine abtransportierbare Musterturnhalle aus Holz und ferner eine Muster-Schütte, die später auf die Alb kommen wird, gezeigt werden. Die Vollversammlung stimmte den Vorschlägen zu.

Nach Vorträgen von Regierungsrat Dr. Stahlecker vom Landesarbeitsamt, Syndikus Meßger-Stuttgart, ferner Flachnerobermeister Ritter-Stuttgart wurde folgende Entschlieung gefaßt: In schwerster Zeit wirtschaftlicher und politischer Verfallbarkeit und Ziellosigkeit tritt die Vollversammlung angesichts der furchtbaren Not, die in weiten Kreisen des gewerblichen Mittelstands herrscht, an die Öffentlichkeit heran. Als vordringlich fordert das Handwerk die Durchführung folgender Maßnahmen:

1. Sofortige Aenderung der Titel 2—5 der Gewerbeordnung unter Berücksichtigung der von der württ. Regierung hiezu gemachten eingehenden Vorschläge zum Schutz des gewerblichen Mittelstands vor Mißbrauch der Gewerbefreiheit; energische Maßnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit; Einführung von Bestimmungen, welche den Pflüchern und Schwarzarbeitern den Eintritt in die Reihen des selbständigen Handwerks erschweren, Einführung der Handwerkerkarte.
2. Reform der kommunalen Selbstverwaltung mit dem Ziel einer Entpolitisierung der gemeindlichen Parlamente, Wegfall des unpersonlichen Listenwahlsystems, Herabsetzung des Wahlalters, Garantie für eine stärkere Beteiligung derjenigen Kreise, die die Steuern und Lasten aufzubringen haben, Aufhebung unrentabler Realbetriebe.
3. Gerechter Lastenausgleich durch Finanz-, Steuer- und Verwaltungsreform, Aufhebung der Steuervereinfachungsverordnung, Loderung der Realsteuerperre, Einführung einer Warenhaus- und Filialsteuer.
4. Rascheste Durchführung der Reformvorschlüge auf dem Gebiet der Unfallversicherung. Die geplante Organisationsänderung in der Unfallversicherung wird der Tendenz der Zusammenlegung von gewerblichen Berufsvereinigungen widersprechen. Bei dem Notwendigen für die deutsche Jugend müssen die Vertretungen des Handwerks maßgebend beteiligt werden. Ebenso ist das Handwerk bei Beschaffungen für den Freiwilligen Arbeitsdienst planmäßig einzuschalten.

Die Parteibuchbeamten

Stuttgart, 17. Januar. Im Untersuchungsausschuss des Landtags beantragte gestern Abg. Pfannenstark (N.S.), auf Grund der Beweiserhebung festzustellen, daß zur Zeit noch folgende zwei Personen in höheren Staatsdienststellen sich befinden, die die vom Gesetz vorgeschriebene berufliche Vorbildung nicht besitzen: 1. Albert Pflüger, Oberregierungsrat beim Wirtschaftsministerium in Stuttgart. Pflüger war früher Schriftföher, Parteilokretär der Sozialdemokratischen Partei und dann Redakteur der „Schwäbischen Tagwacht“. Nach der Revolution wurde Pflüger angestellt und zum Vorstand des Württ. Brennstoffamts bestimmt, welches Amt er bis 1924 bekleidete. Unter Minister Reil wurde er Regierungsrat a. a. St. und 1930 unter Minister Maier Oberregierungsrat. Sein Beförderungsdienstalter ist auf 15. November 1915 festgesetzt. Im Jahre 1927 wurde sein Versorgungsdienstalter um 10 Jahre auf 1909 verbessert. Diese Verbesserung erfolgte, weil sie auch dem

„Es können aber auch nicht alle Landwirte sein, mein lieber Stache. Mein Beruf macht mir Spaß... Einer ist gerne Käse und der andere ergötzt sich an Braunschweiger Leberwurst!“
Poffenheim und Stache lachten.
„Aber ich muß wirklich gestehen: ich gehe nicht gern von Eppstein!... Der Beamte wurde ernst. „Na, was soll ich sagen?... Vielleicht ist es gestattet, daß ich ab und zu mal hier vorbeikomme?!... Und wenn ich offen sein will, soviel Harmonie habe ich selten unter einem Dach gesehen wie auf Burg Poffenheim. Es ist nicht etwas Alltägliches.“ Seine Augen waren plötzlich wie von einem Schleier überzogen. „Wenn man so nach aufregenden Tagen in einen Kreis wirklich edler Menschen treten kann, — wenn man sich dann wieder auf einige Stunden von wahrer Kultur umwehen läßt, so befindet man sich in einer Stimmung, die für schwarze Tage entschädigt. Dann folgt ein psychischer Zustand, in dem keine Wünsche aufkommen — ach, so einige Stunden ab und zu dahinleben unter verwandten Geistern — das ist das Prächtigeste, was es auf Erden gibt...“
Poffenheim sprang auf und reichte ihm die Hand hin. Stache stand ergriffen vor dem Tisch und drehte die Zigarre zwischen den Fingern.
„Aber es wird mir stets eine Freude sein, wenn ich Sie begrüßen kann, Herr Bernshausen“, sagte der junge Besucher. „Mein Haus steht Ihnen zu jeder Zeit offen. Kommen Sie, so oft Sie können, und empfehlen Sie mich bitte bei Ihrer Frau Gemahlin. Ich würde mich glücklich schätzen, auch sie in kurzer Zeit kennen zu lernen. Geben Sie uns die Ehre und besuchen Sie uns bald!“

(Fortsetzung folgt)

Präsidenten nach dem Vorgang Mattutat zugestimmt worden war. 2. Josef Andre, Präsident der Landesversicherungsanstalt Stuttgart. Andre war früher Schreiner, dann Arbeitersekretär. 1926 erhielt er eine Regierungsstelle beim Landesgewerbeamt, 1928 wurde er Präsident der Landesversicherungsanstalt. Das Verordnungsamt wurde nach dem Vorgang Mattutat auf 22. Februar 1916 festgesetzt.

Die Abgg. Dr. Pfannenschwarz, Waldmann, Friedr. Schmidt (NS.) stellen weiteren folgenden Antrag: 1. Der Landtag billigt die Anstellung des Oberregierungsrats Pfleger und des Präsidenten Andre als lebenslängliche Staatsbeamte. Der Landtag billigt die unter Außerachtlassung der gesetzlichen Bestimmungen erfolgte Anrechnung von Privatfähigkeit auf das Befoldungsdienstalter bzw. das Versorgungsdienstalter des Präsidenten Andre, des Oberregierungsrats Pfleger, des Oberregierungsrats Bögle und des Regierungsrats Mattutat und ersucht das Staatsministerium, das Befoldungs- und Versorgungsdienstalter dieser Beamten nach den gesetzlichen Bestimmungen neu festzusetzen. 3. Der Landtag billigt die durch die Anstellung von Personen ohne die vorgeschriebene berufliche Ausbildung dem Berufsbeamtentum widerfahrte Zurücksetzung und die durch diese Anstellung dem Staat entstandene unnötige finanzielle Belastung.

Der Mitberichterstatter Abg. Fischer (Dem.) kommt zu dem Standpunkt, die genannten Personen hätten die für ihr Amt erforderliche Befähigung und Kenntnisse. Ihre Berufung entspreche auch einem staatspolitischen und öffentlichen Interesse. Abg. Fischer beantragt zu erklären: 1. Die Befreiung der beiden Beamten von den Vorschriften über die Befähigung durch das Staatsministerium unter Berücksichtigung der damaligen Lage und ihrer Stellung und Leistung nicht zu beanstanden. Ihre Befreiung und Ernennung sieht im Einklang mit den Bestimmungen des württ. Beamtengesetzes. 2. Von einer Erschütterung oder gar Gefährdung des Berufsbeamtentums kann demnach in Württemberg nicht gesprochen werden. Auf Grund dieser Feststellungen wird der nationalsozialistische Antrag für erledigt erklärt.

Nach längerer Aussprache wird der Antrag Pfannenschwarz abgelehnt mit 3 Ja (NS.) gegen 5 Nein (Ztr., Soz., Dem.), einer Enthaltung (Komm.) und zwei Stimmentzückungen (BB.). Der Antrag Fischer wird mit Ausnahme des Absatzes 1 angenommen mit 7 Ja gegen 3 Nein (NS.) und einer Enthaltung (Komm.).

Häufung von Impfschädigungen

Staatliche Ersatzpflicht

Stuttgart, 17. Januar. Der Rechtsausschuss des Württ. Landtags erledigte am Montag mehrere Einzeln. Darunter befand sich auch eine aus Eßlingen, in der Schadenersatz vom Staat gefordert wird, weil bei einem Kind nach seiner durch den Oberamtsarzt vorgenommenen ersten Impfung schwere Vergiftungserscheinungen aufgetreten sind, die eine spinale Kinderlähmung zur Folge hatten. Ministerialrat Gnant vom Innenministerium teilte mit, daß sich Erstattungsansprüche dieser Art in der letzten Zeit sehr gehäuft haben. Seit einigen Jahren seien zahlreiche Nervenschädigungen nach den Impfungen aufgetreten. Professor Birk, Tübingen, erklärte, daß die Kinder, die zum erstenmal impfpflichtig werden, vielfach so anfällig seien, daß es ihm notwendig erscheine, die für das Frühjahr vorgesehene Impfung in den Herbst zu verlegen. Eine Verpfändung für den Impfarzt, jedes Kind vor der Impfung genau zu untersuchen, bestehe nicht. Es sei nur die „Besichtigung“ des Kindes sowie die Befragung der Angehörigen im Fall von Hautentzündungen oder Ausschlag vorgesehen. Das Kind aus Eßlingen sei jetzt als Staatspflegling in der Paulinenklinik. Eine Revision des Impfscheines sei vom Reich in Aussicht genommen. In gewissem Umfang sei die Impfung auch als Operation anzusehen. Nach jeder Operation könne aber eine Schädigung eintreten, ohne daß ein Verschulden subjektiver Art vorläge. In der Aussprache sprachen sich mehrere Redner für Beibehaltung des Impfzwanges, aber auch für Schadenersatzpflicht des Staats aus. Es wurde mit allen Stimmen bei Enthaltung eines Kommunisten ein Antrag des Berichterstatters Abg. Schott angenommen, die Einrede dem Staatsministerium als Material zu überweisen zum Zweck der Prüfung, ob nicht weitergehende Vorbeugungsmaßnahmen angeordnet werden sollen und dem Gesuchsteller eine Entschädigung zu gewähren ist.

Stuttgart, 17. Januar.

Anerkennung von Wohlfahrtspflegern und -pflegerinnen. Auf Grund staatlicher Prüfung sind im Jahr 1932 10 Personen als Wohlfahrtspfleger und 46 Personen als Wohlfahrtspflegerinnen staatlich anerkannt worden.

Winter. Seit Samstag konnte in Stuttgart bei 6 bis 7 Grad Kälte die Eisbahn auf der Heide und auf der Waldau benützt werden. Am Dienstag mußten die 10 Schwäne vom Feuersee in ihr Winterquartier verbracht werden, gleichzeitig begann der Eislauf auf dem Feuersee — erfahrungsgemäß ein sicheres Zeichen, daß die Kälte sich bricht. Tatsächlich zeigte der Wärmemesser abends nur noch 2½ Grad Celsius unter Null.

Aus dem Lande

Eßlingen, 17. Jan. Verbotene Kundgebung. Eine kommunistische Kundgebung gegen den gestrigen Gemeinderatsbeschuß betr. Ausgleich des Haushalts wurde polizeilich verboten. Ansammlungen, die trotzdem gemacht wurden, wurden mit dem Gummihüpfel zerstreut. Schließlich bildete sich abends in der Altstadt doch ein Zug, an dessen Spitze Kinder unter 10 Jahren gestellt wurden, zum Polizeigebäude. Drei Personen wurden wegen Widerstands verhaftet.

Waiblingen, 17. Jan. 90jähriger Altveteran. Am 19. Januar kann der älteste männliche Einwohner der Stadt, Bahnwärter a. D. Karl Stegmaier, seinen 90. Geburtstag begehen. Der Jubilar erfreut sich noch großer geistiger und körperlicher Rüstigkeit. Er war auch nie in seinem Leben krank. Die beiden Feldzüge 1866 und 1870 machte er bei dem Infanterie-Regiment Nr. 125 mit. 32 Jahre lang war er Bahnwärter bei der Remstalbahn und 48 Jahre gehört er nun dem Württ. Kriegerbund an.

Ludwigsburg, 17. Januar. Unter dem Zug und unversehrt. Heute früh wollte auf dem hiesigen Bahnhof ein 18jähriger Schüler aus Asperg den 6.48 Uhr nach Stuttgart abgehenden Zug noch erreichen, aber dieser hatte sich schon in Bewegung gesetzt. Der junge Mann verlor trotz der Warnungsrufe des Aufsichtsbearbeiters aufzuspringen, glitt aber aus und fiel unter den Zug, wo er zwischen Schiene und Bahnsteigkante zu liegen kam. Der Aufsichtsbearbeit

sprang dann selbst auf den fahrenden Zug, den er nach drei Wagenlängen durch Ziehen der Notbremse zum Stehen brachte. Als man den Verunglückten heroverholte, zeigte sich, daß dieser eine leichte Wunde am Hinterkopf erhalten hatte, die ihn nicht hinderte, seine Fahrt nach Feuerbach fortzusetzen.

Sindelfingen, 17. Jan. Todesfall. Gestern nacht ist im Krankenhaus Gewerbeschulrat Eugen Fischer, der Vorstand der Weibschule Sindelfingen, im Alter von 52 Jahren gestorben. Fischer war früher eine Reihe von Jahren an der Smünder Gewerbeschule, bis er im Jahr 1921 zur Leitung der Weibschule in Sindelfingen berufen wurde.

Ebingen, 17. Jan. Der Einbrecher als „Professor“. Aus Rohwangen wird gemeldet, daß dort vor einiger Zeit in einem Gasthaus ein „Tübinger Professor“ übernachtet habe, der ohne Bezahlung seiner Rechnung plötzlich verschwunden sei und in dem man jetzt den berechtigten Einbrecher Daiber aus Ebingen vermutet. Diese Vermutung wird besonders dadurch verstärkt, daß seinerzeit in den Darlehensstellenverein von Rohwangen eingebrochen wurde, wobei für etwa 150 Mark Ware gestohlen wurde. Die Ware wurde später in Oberschmeien von einem Hausierer abgesetzt, in dem man jetzt ebenfalls Daiber erkannt haben will.

Schwenningen, 17. Jan. 90 Jahre alt. Am 11. Januar vollendete der frühere Uhrmacher Jakob Schlenker in Schwenningen a. N. sein 90. Lebensjahr. Der Jubilar ist wohl der letzte aller Uhrmacher, der die eigenen Erzeugnisse, sowie diejenigen anderer Schwarzwälder Uhrmacher vor 60 und mehr Jahren mit der Kräge auf dem Rücken im In- und Ausland zum Verkauf gebracht hat. Wenn auch die körperlichen Kräfte des alten Herrn nachgelassen haben, so verfügt er doch noch über volle geistige Frische.

Göppingen, 17. Januar. Verwendung von Abiturienten. In Anbetracht der jahrelangen Dauer und des riesigen Ausmaßes der Wirtschaftskrise hat sich der hiesige Industrieverband bereit erklärt, solchen Abiturienten Lehrstellen zur Verfügung zu stellen, die nicht studieren wollen oder können.

Ulm, 17. Januar. Drei Kinder vermisst — sie wollten nach Ravensburg wandern. Seit Sonntag den 15. Januar, werden drei Kinder einer Ulmer Arbeiterfamilie namens Jäger vermisst: ein Knabe Benedikt, 13½ Jahre alt, ein Mädchen Irma, 11 Jahre, ein Knabe Max, 6½ Jahre. Die Geschwister hatten die Absicht, nach Ravensburg zu wandern, da dort Verwandte wohnen. Sie sind aber bisher nicht angekommen.

Die Pläne der 12 Wikinger. Mit großen Plänen tragen sich die von ihrer Fahrt ans Schwarze Meer bekannten 12 Wikinger. Sie wollen eine feierliche Ulmer Schachtel bauen, mit der sie auf der Donau hinabfahren, zum Schwarzen Meer, über die Dardanellen und das Mittelmeer nach Kairo. Sie wollen durch Plakat, Flugblätter und persönliche Vorstellungen für die deutsche Ware werben.

Statistisches. Im letzten Jahr wurden in Ulm an den Bahnhöfen 846 192 Fahrkarten gelöst gegen 1 032 230 im Vorjahr. Die meisten Reisenden treffen auf die Monate Mai und August. Die meisten Fahrkarten wurden in die Umgegend von Ulm gelöst. — Der Fremdenverkehr ist im Jahr 1932 gegenüber 1931 um etwa 4 Prozent im ersten Halbjahr und im zweiten Halbjahr etwas weniger zurückgegangen. Die einmaligen Beherbergungen betragen 112 000, die Uebernachtungen zusammen 160 000. In den letzten 10 Jahren haben 2½ Millionen Fremde die Stadt besucht. Die Zureise mit Kraftwagen wird 1932 mit 45 000 Personen berechnet, etwa 10 228 Kraftwagen und 321 Omnibusse. Im August wurde an einem Tag eine Stichprobe gemacht. Es wurden 78 Jäger (Personen-, Eil- und Schnelljäger) gezählt mit 12 000 Personen. Von diesen 12 000 Personen, die Ulm an einem Tag berührten, stiegen 3000 aus. Von diesen 3000 dürften 1000 Fremde und 2000 Leute gewesen sein, die hier in Arbeit standen.

Eischollen auf der Donau. Seit Montag treiben im Donaubett große Eischollen stromabwärts, ein Zeichen, daß die Kälte ihren vorläufigen Tiefstand erreicht hat. Die kleine Donau ist völlig zugefroren.

Ulmangen, 17. Jan. Mord. In der Landesfürsorgeanstalt Ravensburg entstand während des Abendessens unter Insassen ein Streit. In dessen Verlauf wurde der 49jährige Karl Desterreicher aus Mittelsteinbach Ul. Dehringer von dem 62jährigen Gehhard Haaga aus Bessendorf Ul. Oberndorf durch mehrere Messerstiche tödlich verletzt. Haaga wurde verhaftet.

Tübingen, 17. Jan. Wagner-Feier der Universität. Aus Anlaß des 50. Todestags Richard Wagners wird die Landesuniversität im Festsaal des Universitätsgebäudes am 13. Februar eine Gedenkfeier halten, bei der einleitend der Rektor Prof. Dr. Paul Simon und dann der Germanist Prof. Dr. Schneider in einer Rede zu Wagners Gedächtnis sprechen werden. Im musikalischen Teil ist eine Orgelkomposition von Wagners Zeitgenossen Anton Bruckner vorgesehen. Außerdem wird Anita Oberländer (früher Landesoper) die Wesendoncklieder singen.

Instandsetzung der Stiftskirchenglocken. Zur Zeit hört man ein eigenartiges Summen auf dem Stiftskirchturm. Es werden die im Jahr 1469 gegossene Breuningsglocke und die vom Jahr 1682 stammende kleinste Glocke einer gründlichen Renaturierung unterzogen.

Ragold, 17. Jan. Amisuntererschlagung eines Postkassiners. Ein Postkassiner vom Postamt Altensteig, der eine Geldanweisung von einigen hundert Mark unterschlug und die Postanweisung mit der Unterschrift des eigentlichen Empfängers unterschrieb, ist wegen Amisuntererschlagung an das Ragolder Amtsgericht eingeliefert worden.

Kalen, 17. Jan. Todesfall. Gestern nacht ist der Vorstand der hiesigen Güterabfertigung, Reichsbahnoberinspektor Friedrich Daib, im Alter von beinahe 58 Jahren an einem Herzschlag verschieden. Vor 1½ Jahren konnte Daib auf eine 40jährige Dienstzeit im Eisenbahndienst zurückblicken.

Kärtingen, 17. Jan. Lebensmüde. Heute vormittag versuchte ein von auswärtig zugereister Stellen- und mittellose lediger Schriftsteller sich hier mit Laminattabletten zu vergiften. Er wurde ins städtische Krankenhaus übergeführt. Lebensgefahr besteht vorerst nicht.

Heidenheim, 17. Januar. Um jeden Preis. In früheren Jahren sind für das Befahren, Sägen und Spalten des Rathaus- und Schulhofes je Raummeter 2,0—3,80 Mk. bezahlt worden. Heute wurde das Befahren mit Auf- und Abladen je Meter um 0,6 Mk., das zweimalige Sägen, Spalten und Sehen je Raummeter um 0,75—0,80 Mk. vergeben.

Lokales.

Wildbad, 18. Januar 1933.

Vom Finanzamt. Wie die heutige Anzeige besagt, sind mit Rücksicht auf den gesteigerten Geschäftsanfall b. im Finanzamt dessen Diensträume vom 20. Januar ab für den Publikumsverkehr nur noch vormittags geöffnet. Um einen zwecklosen Gang zu sparen, empfiehlt es sich, diese Zeit einzuhalten.

Fußball. Der Arbeiterportverein Wildbad weihte am vergangenen Sonntag beim F. C. Enzklösterle, um anfänglich der Sportplatzeinweihung dortselbst mit zwei Mannschaften Wettspiele auszutragen. Die 1. Mannschaft konnte dabei einen 5:1-Sieg, die 2. Mannschaft einen 6:0-Sieg landen. Trotz der Ueberlegenheit der Gäste-Mannschaften konnten die Platzhüter beide Spiele offen halten, ein Zeichen dafür, daß der F. C. Enzklösterle sich nicht aufs „Mauern“ vorlegt, oder gar ausfällig wird, wenn seinem Sturm nichts gelingt. Besonders dessen 1. Mannschaft spielte aufopfernd und fair und wird bei genügendem Training ein nicht zu unterschätzender Gegner werden.

Sigung des Gemeinderats

am Dienstag, den 17. Januar 1933.

Anwesend: Vorsitzender und 15 Mitglieder; außerdem drei Zuhörer.

In nichtöffentlicher Sitzung wurden in Gegenwart der beiden Herren Geistlichen Fürsorgegeschäften erledigt.

1. **Erneuerung der Akkumulatorenbatterie der Bergbahn.** Dieser erste Punkt der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung erforderte an Beratungszeit allein drei Stunden. Der Vorsitzende führte aus, daß die Erneuerung der Batterie ein natürlicher Vorgang sei; bei der großen Inanspruchnahme der Akkumulatorenbatterie habe diese eine Lebensdauer von etwa acht bis 10 Jahren und sei somit jetzt zu erneuern. Stadtbaumeister Winkler machte sodann längere Ausführungen und gab technische Erklärungen. Bekanntlich geschieht die Versorgung der Bergbahn durch das Elektrizitätswerk. Eine direkte Drehstromzuleitung zum Sommerberg, die mit zur Erörterung stand, kommt der hohen Kosten wegen (ca. 40 000 Mk.) nicht in Betracht. Für Lieferung der Akkumulatorenbatterie wurde mit fünf Firmen in Verbindung getreten; von denen aber nur zwei in den engeren Wettbewerb kamen und zwar waren es die Firmen A. E. G. in Mannheim und Hobbete. Nach den Ausführungen des Stadtbaumeisters und eingehender Beratung im Gemeinderat wurden die Vertreter obiger Firmen gehört, die ihre Fabrikate in das rechte Licht zu stellen versuchten. Schließlich wurde über einen Antrag abgestimmt, der A. E. G. in Mannheim die Lieferung unter verschiedenen Bedingungen zu übertragen. Der Antrag wurde mit 10 gegen fünf Stimmen (Straßer, Bott, Waidelich, Gall, Willig) angenommen. Die wir nachträglich erfahren, wurde mit dem Vertreter der A. E. G. nochmals über einige Bedingungen verhandelt und dieser Firma dann endgültig die Lieferung um den Preis von 11 600 Mk. übertragen. Die Hälfte der Summe ist zinslos am 15. August 1933 zu zahlen; die zweite Hälfte ist von der Stadtgemeinde zum jeweiligen Diskontsatz zu verzinsen, und zahlbar am 15. August 1934; es steht der Stadtgemeinde aber frei, diese Summe schon zu einem früheren Termin zur Auszahlung zu bringen. Der ablehnende Standpunkt der obengenannten fünf Stadträte ist auf das Angebot der Firma Hobbete zurückzuführen, deren Angebot mit 10 700 Mk. das niedrigste war. Die Mehrheit des Gemeinderats stand auf dem Standpunkt, der Firma A. E. G., die schon manche Arbeit für die Stadtgemeinde ausgeführt hat, die Lieferung der Akkumulatorenbatterie zu übertragen. — Die Minderheit vertritt die Ansicht, das Angebot der billigeren Firma zu berücksichtigen. Es sei nicht immer gesagt, daß eine alte Firma die leistungsfähigste ist; man könne jetzt z. B. wieder die Beobachtung machen, daß die neue Turbine im Elektrizitätswerk 2, trotz Garantie für Geräuschlosigkeit, eben doch nicht geräuschlos laufe.

2. **Gesuche um Baudarlehen.** Bei diesem Punkt handelte es sich um Uebernahme von Bürgerschaften. Aus der Mitte des Gemeinderats wurde gefordert, die Stadtgemeinde solle keine Bürgerschaften mehr übernehmen; die Belastung der Steuerzahler sei durch die Erhebung der 500 fachen Bürgersteuer so groß geworden, daß nicht noch weitere Lasten übernommen werden könnten. Ein anderer Redner betonte, daß ein Bauwürger doch mindestens die Hälfte der Bauumme selber haben, im anderen Falle aber das Bauen bleiben lassen sollte. Der Vorsitzende trat für Bewilligung ein, da die Bautätigkeit bei der großen Erwerbslosigkeit der Bauhandwerker gefördert werden müsse. Da es sich im vorliegenden Falle um zwei kleinere Summen handelte, beschloß der Gemeinderat mit allen gegen eine Stimme (Straßer), die Bürgerchaft für die erste Hypothek zu übernehmen.

3. **Sonstiges.** Der Säger Gottlieb Günthner hat eine Holzjägemaschine zusammengestellt. Zwecks Erlangung des Musterschutzes hierauf wurde ihm aus der Stadtklasse 50 Mk. bewilligt. — Das Gesuch einer auswärtigen Firma, am Elektrizitätswerk 2 eine Orientierungstafel von Wildbad mit Reklame aufstellen zu dürfen, wurde vom Gemeinderat abgelehnt. Stadtrat Pfa u führte hierzu aus, daß eine solche Tafel ungeschön wirke und die hiesigen Geschäftsleute durch die Reklame nur eine Belastung erfahren würden. — Stadtrat Willig stellt eine Anfrage wegen Kündigung und Entlassung der weiblichen Hilfskräfte auf dem Rathaus. Der Vorsitzende erwidert, daß diese Frage in der Sitzung vom 13. Dezember 1932 behandelt wurde. Durch eine Verfügung des Reichspräsidenten ist bestimmt worden, daß freigewordene Stellen nur durch Militäranwärter besetzt werden können. Stadtrat Waidelich und Stadtrat Willig treten dafür ein, daß wohlfahrtsverwerfliche Kaufleute auf der Stadtpflege beschäftigt werden. Auch dieses erklärt der Vorsitzende, sei nicht angängig, da eine vorübergehende Beschäftigung nach den Bestimmungen auch nur durch Militäranwärter zu geschehen hat. Es liege im Interesse der Stadtgemeinde, es so zu lassen, wie es jetzt ist. Stadtrat Pfa u spricht sich dahin aus, daß eine zeitweilige Einstellung technisch wohl kaum möglich sei. Stadtrat Frische und Stadtrat Rappemann geben Kenntnis von einer Unterredung mit dem Vorsitzenden, worin dieser gebeten worden ist, dem Gemeinderat Vorschläge über eine Umorganisation der Verwaltung auf dem Rathaus zu machen. Stadtrat Straßer wünscht, daß die Angestellten der Bergbahn, die im Winter nicht voll beschäftigt sind, zu Schreibarbeiten herangezogen werden. Stadtrat Brühlmann nimmt an, daß die Kündigung der weiblichen Hilfskräfte wie er bereits früher schon ausführte, keine Umänderung, sondern eine Einsparung in der Verwaltung bedeuten sollte. Stadtrat Huzel erklärt, daß nur durch Verminderung der Personalausgaben in den Verwaltungen des Reiches, der Länder und der Gemeinden eine Senkung der

hohen Steuern erreicht werden könne. Es sprechen zu diesem Punkt auch die Stadträte Stephan und Willig. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt.

Schluß der öffentlichen Sitzung 7.15 Uhr. In der nachfolgenden nichtöffentlichen Sitzung, die sich bis gegen 10 Uhr hinzog, wurde u. a. der oben erwähnte endgültige Beschluß über die Vergebung der Akkumulatorenbatterie für die Bergbahn gefaßt.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Eine Verwandte des Reichspräsidenten gestorben. Nach langem, schwerem Leiden verschied am Sonntag Frau Helene v. Benedendorff-Hindenburg, geborene Freiin v. Jedlich-Neukirch, eine Kusine des Reichspräsidenten. Sie war Witwe des 1904 verstorbenen Besitzers von Reudel, dem Stammgut der Familie v. Hindenburg, das jetzt im Besitz des Reichspräsidenten ist.

Willi Burmeister t. Der berühmte Gelgenkünstler Professor Willi Burmeister ist am Montag in Hamburg einem Herzschlag erlegen. Burmeister war am Samstag von München in seiner Vaterstadt Hamburg eingetroffen, wo er in den nächsten Tagen ein Konzert geben wollte. Am Sonntag abend besuchte er noch eine Aufführung in der Hamburger Oper. Burmeister stand im 64. Lebensjahr. Er begann bereits als Siebzehnjähriger seine Konzertreisen, die ihn in alle Länder der Erde führten.

Neuer Schulferienplan in Thüringen. Das thüringische Volksbildungsministerium hat angeordnet, daß der 18. Januar als Tag der Reichsgründung, sowie der 10. November als Geburtstag Luthers und Schillers, letzterer wechselnd nach den Bestimmungen des Ministeriums, für die Thüringer Schulen als Feiertage mit Schulfestern zu gelten haben.

Selbstmord des Bernauer Stadtverordnetenvorstehers. Am Sonntag abend wurde im Gebäude der „Konsumverein G. m. b. H. Bernau“ bei Berlin der Geschäftsführer der Gesellschaft, der 50jährige sozialdemokratische Stadtverordnetenvorsteher Knieischke, erhängt aufgefunden. Die finanziellen Schwierigkeiten des Konsumvereins, wie der von Knieischke gegründeten Siedlungsgenossenschaft waren so groß geworden, daß sich kein Ausweg mehr finden ließ. Knieischke war Kreisstadtsabgeordneter, Mitglied des Bezirksausschusses und des Provinziallandtags.

Das neue Segelschiff der Reichsmarine. Der Bau des Ersatzschiffs für die „Niobe“ wurde der Hamburger Werft Blohm und Voß übertragen. Das Schiff wird als Dreimastboot mit zwei durchlaufenden Decks, Baug und Hütte nach der höchsten Klasse des Germanischen Lloyd's gebaut; es erhält alle erforderlichen Sicherheitseinrichtungen. Die Abmessungen sind: Länge über alles 73,0 Meter, Länge zwischen den Voten 62,0 Meter, größte Breite 12,0 Meter, größter Tiefgang in vollausgerüstetem Zustand 5,0 Meter bei einer Wasserdrängung von etwa 1500 Tonnen. Ein Hilfs-Dieselmotor Typ W 17 wird dem Schiff eine Geschwindigkeit von etwa 8 Seemeilen erteilen. Das Schiff erhält Einrichtungen für eine Besatzung von 226 Mann.

Selbstmord des Bruders des verstorbenen Bundeskanzlers Schöber. Der 65jährige Tischlermeister Konrad Schöber, der Bruder des verstorbenen früheren österreichischen Bundeskanzlers Schöber, hat sich in Wien wegen finanzieller Schwierigkeiten erschossen. Er hatte bereits vor einigen Monaten einen Selbstmordversuch mit Leuchtgas unternommen.

Freitod eines Bankprokuristen. In dem Hauptgebäude der Deutschen Bank- und Discontogesellschaft in Berlin erschoss sich am Montag früh der langjährige Prokurist der Bank, Oskar Wölffert. Wie aus hinterlassenen Briefen hervorging, befürchtete Wölffert unheilbar geistig krank zu werden. Wölffert stand im 49. Lebensjahr.

Falschmünzerverwerkstätten in Hamburg. In Hamburg wurden zwei Falschmünzerverwerkstätten ausgehoben, in denen falsche Fünf- und Zweimarkstücke hergestellt wurden. Hier

Personen, darunter ein wegen Falschmünzerei bereits 10mal Verurteilter, wurden festgenommen.

Mord. In Opladen, Kr. Düsseldorf, wurde der sehr kräftige Kontrolleur des Arbeitsamts, Walter May, ermordet aufgefunden; seine Aktentasche fehlte. Er war schon häufig bedroht worden, weil er Schwarzarbeiter rückfahrig zur Anzeige brachte. Der Mord ist offenbar von mehreren durchgeführt worden und es muß ein heftiger Kampf vorausgegangen sein.

Ein Dorf ruiniert. In dem rund 2000 Einwohner zählenden westfälischen Dorf Groß-Reken bei Münster hat der Rendant der dortigen Spar- und Darlehenskasse, Steinen, in den Jahren 1924 bis 1931 für sich und einige Freunde 600 000 Mark unterschlagen. Die Sparkasse, eine GmbH, hat 500 Mitglieder, die jetzt mit je 1500 Mark zur Deckung herangezogen werden. Etwa 200 Mitglieder sind vollständig ruiniert und auch die anderen, meist kleine Landwirte, sind in ihrer Existenz aufs schwerste bedroht. Das Gericht in Münster verurteilte den Rendanten Steinen zu 3 Jahren, den Buchhalter der Kasse wegen Beihilfe und Diebstahls von 8500 Mk., die zu jenen 600 000 Mark hinzukommen, zu 10 Monaten Gefängnis.

Am Flugplatz Altenheim am Bodensee sind am Sonntag der Schweizer Fliegerhauptmann Winkler und ein Flugschüler durch Flugzeugabsturz tödlich verunglückt.

Der Ehemann verbrannt. In einer ungarischen Landgemeinde saßte am Samstag die Frau eines Winzers, die mit ihrem Mann in ständigem Hader lebte, den Plan, ihn lebendigt zu verbrennen. Nachdem sie den Rindherd tüchtig angebeizt hatte, forderte sie ihren minderjährigen Sohn auf, ihr behilflich zu sein, den bereits im Bett liegenden Vater mit einem Strick zu fesseln. Der Mann wurde hierauf auf die glühenden Herdplatten gelegt. Auf seine furchterlichen Schmerzensrufe stürzten die Nachbarn herbei, die den bereits bewußtlos Gewordenen mit großer Mühe aus seiner furchtbaren Lage befreien konnten. Die Frau versuchte hierauf, von Bewußtlosen geplatzt, sich mit einem Strick zu erhängen, doch vereitelte ihr Sohn dieses Vorhaben. Als jedoch später Gendarmen den Knaben verhörten, gelang es ihr, in einem unbewachten Augenblick sich in den Hofbrunnen zu stürzen. Der Winzer liegt mit sehr schweren Brandwunden hoffnungslos darnieder. Gegen den minderjährigen Sohn wird ein Strafverfahren eingeleitet.

Theaterbrand in Holland. In dem Theater „Arena“ in Rotterdam, dem größten holländischen Theater, brach am Sonntag früh gegen 5 Uhr ein Brand aus, der in wenigen Stunden das umfangreiche Gebäude bis auf die Grundmauern zerstörte. Die Vorschichten wurden durch starken Frost erschwert.

Der Bau eines Antermastes für das Luftschiff Graf Zeppelin in Sevilla ist von der spanischen Regierung beschloffen worden. Die Baukosten werden von der spanischen Regierung getragen.

Die englische Fliegerin Miss Winnifred Spooner ist in London nach kurzer Krankheit im Alter von 32 Jahren gestorben. Sie hatte an den Europarundflügen 1929 und 1930 teilgenommen und vor allem bekannt geworden durch ihren im Februar 1930 durchgeführten Flug von Südafrika nach England, sowie durch ihren allerdings verunglückten Versuch, im Dezember desselben Jahres in fünf Tagen von London nach Kapstadt zu fliegen. Sie stürzte damals bei Belmonte di Calabria ins Meer und mußte sich durch Schwimmen retten.

Refordflieger Hinkler vermisst. Der australische Refordflieger Bert Hinkler, der am 7. Januar in London zu einem neuen Refordflug nach Australien gestartet war, wird vermisst. Das britische Luftfahrtministerium ließ bei sämtlichen Rundfunkbehörden der Welt Umfrage halten. Man befürchtet nun, daß Hinkler in den Alpen abgestürzt sei. Der englische Fliegerhauptmann Hope ist am Sonntag ins Alpengebiet geflogen, um das Gebiet der Schaplan-Gruppe, das Hinkler vermutlich überflogen mußte, vom Flugzeug aus abzusuchen.

Sendefolge der Stuttgarter Rundfunk AG.

Donnerstag, 19. Januar
 6.15: Zeitangabe, Wetterbericht, Monatskaff. 7.15: Zeitangabe, Wetterbericht, Nachrichten. 7.30-8.00: Schallplatten. 10.00: Nachrichten. 10.10 bis 11.10: Trio für Klavier, Violon und Cello. 11.55: Wetterbericht. 12.00: Konzert. 12.15: Zeitangabe, Nachrichten, Wetterbericht. 13.00: Konzert. 14.30: Spanischer Sprachunterricht. 15.00: Englischer Sprachunterricht für Anfänger. 15.30-16.30: Rinderrunde. 17.00: Konzert. 18.15: Zeitangabe, Wetterbericht, Landwirtschaftsnachrichten. 18.30: Vortrag: Von deutscher Pflanzung, Kunstwert und Kleberstoff. 18.50: Vortrag: Vom Sinn des Schicksals. 19.15: Zeitangabe, Nachrichten. 19.30: Schwedischer Abend. 20.30: Clocie zur Seite und Gitarre. 21.00: Billard, ein Erlebnis mit den drei Orlow. 22.00: Zeitangabe, Nachrichten, Wetterbericht. 22.30-23.00: Klaviermusik.

Märkte

Stuttgart, 17. Jan. Schlachtviehmarkt. Dem Dienstagmarkt am städtischen Vieh- und Schlachthof wurden zugeführt: 43 Ochsen (unverkauft 7), 53 Bullen, 270 (50) Jungbullen, 244 Kühe, 447 (50) Rinder, 1310 Kälber, 2733 (133) Schweine, 6 Schafen.

	17. 1.	12. 1.		17. 1.	12. 1.
Ochsen:			Kühe:		
ausgemästet	25-28	—	schlecht	11-13	—
vollfleischig	22-24	—	gering gemästet	8-10	—
fleischig	19-21	—	Kälber:		
ger. gem.	—	—	beste Raß- und	33-35	31-34
Bullen:			mittl. Raß- und	28-31	26-29
ausgemästet	22-24	23-24	geringe Kälber	22-25	23-26
vollfleischig	20-21	21-22	Schweine:		
fleischig	19-20	20-21	Eber 200 Pfd.	37-38	38-39
Rinder:			240-300 Pfd.	37-38	38-40
ausgemästet	28-30	—	200-240 Pfd.	35-38	36-38
vollfleischig	23-26	23-26	160-200 Pfd.	33-35	35-36
fleischig	20-22	20-22	120-160 Pfd.	31-33	34-35
gering gemästet	—	—	unter 120 Pfd.	31-33	34-35
Kühe:			Sauen:		
ausgemästet	20-24	—		26-30	—
vollfleischig	14-18	—			

Ulmer Schlachtviehmarkt, 17. Januar. Zutrieb: 9 Ochsen, 20 Fohlen, 33 Kühe, 15 Füllen, 354 Kälber, 316 Schweine. Preise: Ochsen 1. 25-27, Rinder 1. 19-20, 2. 16-18, Kühe 1. 24, 2. und 3. 23-21, Kühe 1. 22, 2. und 3. 18-12, Rinder 1. 30-32, 2. 26 bis 20, Kälber 2. 34-36, 3. 30-33, Schweine 1. 39-40, 3. 33 bis 40, K. Marktverlauf schleppend.

Pforzheimer Schlachtviehmarkt, 17. Jan. Zutrieb: 9 Ochsen, 12 Kühe, 47 Rinder, 18 Fohlen, 44 Kälber, 3 Schafe, 387 Schweine. Preise: Ochsen 1. 27-29, 2. 23-27, Füllen 1. 24, 2. und 3. 23-21, Kühe 1. 22, 2. und 3. 18-12, Rinder 1. 30-32, 2. 26 bis 20, Kälber 2. 34-36, 3. 30-33, Schweine 1. 39-40, 3. 33 bis 40, K. Marktverlauf schleppend.

Viehpreise. Ravensburg: Anstellrinder 200-240, trachtige Kühe 200-340, Milchkuhe 180-300, Kälber 200-350, — Weißerstadt: Ochsen 310-400, Stiere 120-290, Kühe 110-420, Kälber 110 bis 400, Einsteiloich 60-280, K.

Schweinepreise. Ravensburg: Anstellrinder 12-17, Käufer 35. — Hall: Milchschweine 11-17, Käufer 19-20. — Oberstenfeld: Milchschweine 10-15. — Riedlingen: Milchschweine 14-20, Mutter-schweine 90-100. — Weilerstadt: Käufer 21-34, Milchschweine 9-16, K.

Fruchtpreise. Ulm: Weizen 10.10-10.50, Roggen 8.30, Gerste 8.20, Haber 6.30. — Leutkirch: Weizen 10-11, Gerste 7.40 bis 8.50, Haber 7-8. — Riedlingen: Braugerste 7.50-8, Haber 6.20, K.

Stuttgarter Häute- und Felleuktion, 17. Januar. An der heutigen württ. Häute- und Felleuktion wurden für das württ. Auktionsgefälle folgende Preise erzielt: Kuhhäute 30-49 Pfd. 25-29 Pfd., 50-59 Pfd. 28-33 Pfd., 60-79 Pfd. 32,5-35 Pfd., 80-100 u. m. Pfd. 41 Pfd.; Ochsenhäute 30-49 Pfd. 24 bis 24,5 Pfd., 50-59 Pfd. 34 Pfd., 60-79 Pfd. 36-38 Pfd., 80 bis 99 Pfd. 38-35 Pfd., 100 u. m. Pfd. 35-36 Pfd.; Rinderhäute bis 29 Pfd. 34 Pfd., 30-49 Pfd. 31,25-38 Pfd., 50-59 Pfd. 41-44 Pfd., 60-79 Pfd. 37,5-42 Pfd., 80 u. m. Pfd. 35-36 Pfd.; Bullenhäute bis 29 Pfd. 23 Pfd., 30-49 Pfd. 24,75-27,75 Pfd., 50-59 Pfd. 27,5-31 Pfd., 60-79 Pfd. 24-28,5 Pfd., 80-99 Pfd. 19,5-24 Pfd., 100 u. m. Pfd. 19-22 Pfd.; Kalbfelle bis 9 Pfd. 45-59 Pfd., 9,1-15 Pfd. 44,5-49 Pfd., 15,1-20,1 u. m. Pfd. 47 Pfd.; Schuhhäute 30 Pfd., Schuhreißer 12 Pfd. Tendenz: Bei zögernden Geboten gingen Kalbfelle mit leichten Abschlägen aus dem Markt. Bei Großviehhäuten war der Markt erheblich schwächer; sie mußten sich Abschläge von 7-15 Prozent gefallen lassen.

Frische Seefische heute eingetroffen:

Kablau und Schellfisch im Anschnitt 2/3
 Merlan, Seelachs ohne Bauchflappen 2/50
 Fischmarckheringe Dose 40
 Rollmops

Feinste Grieben- und Leberwurst 1 Pfund-Dose nur 50
 Vollfetter Holländer Käse 1/2 Pfund 20
 Allgäuer Emmentaler Pfund 38

Gelb. halb. Erbsen Pfd. 17
 Grüne Erbsen 26
 Weiße Bohnen 16
 Zucker-Linsen 19
 Voll-Weiß 18
 Hart-Weiß 24

Cocoafett 1 Pfd.-Tafel 32
 Tafel-Margarine 1 Pfd.-Würfel 29
 „Cleverstolz“-Margarine stets frisch Pfd. 80

Frische See-Butter 1/2 Pfund 68
 Frisch gebr. Bohnenkaffee 1/4 Pfund von 55 an

und 5% Rabatt!

LUGER

9. Ulmer Münsterbau-Geld-Lotterie

Ziehung unwiderruflich, am 26. Jan. 1933
 437 Geldgewinne und 2 Prämien aus

15 000 R.M.
 7 000 R.M.
 5 000 R.M.
 2 000 R.M.

Doppellose 1 RM Porto u. Liste 30 Pfg. extra

Eberhard Fetzner
 Stuttgart, Friedrichstr. 56, P.Sch. 8413
 und alle bekannten Verkaufsstellen

Stadtgemeinde Wildbad im Schw.

Auf die am Rathaus angehängte

Bekanntmachung

betreffend die Einspruchsfrist gegen die Grundsteuerveranlagung für das Rechnungsjahr 1932 wird hingewiesen.

Bürgermeisteramt.

Bekanntmachung.

Vom 20. Januar 1933 ab, ist auf dem Finanzamt nur noch vormittags Sprechzeit, nachmittags sind die Dienst-räume für den Publikumsverkehr geschlossen.

Finanzamt.

Diese Woche billig!

1 Pfd. Pflanzenfett
 1 Pfd. Hörnle
 zusammen nur **65**

Stellungs-Gesuch

Verheiratete, jüngere Frau, in sämtlichen Arbeiten bewandert (war längere Jahre in hiesigem Hotel in Stellung), ist durch die Not gezwungen, für die Saison eine Stellung anzunehmen, für Zimmer, Bügelte, auch Küche. — Gest. Angebote unter M. K. 11 an die Tagblattgeschäftsstelle.

Frische Bücklinge Pfd. 20
 5 Pfd. 98
 Sprotten

Holländer Vollheringe 10 Stck 38
 Nur Mülchener 10 Stck 78

Frische Fische heute eintreffend:
 Grüne Heringe Pfd. 15
 Kablau
 Kablau-Filet
 Stockfische
 u. 5% Rabatt

Plannkuch

Alldentscher Verband Ortsgruppe Oberenzthal.

Am Donnerstag, den 19. Januar 1933, abends 8 1/4 Uhr, spricht im Gasthaus „Schumacher“ in Reuen-bürg

Schriftsteller

Karl Grube, Berlin

über

Der Bolschewismus im Vormarsch

Jedermann ist zu diesem öffentlichen Vortrag herzlich eingeladen.

Eintritt frei!

Der Vorsitzende.

Musik-Berein Wildbad E. B.

Am Samstag, den 21. Januar 1933, abends 8 Uhr, findet im Saale des „Schwarzwaldhofs“ unsere

Generalversammlung

statt.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht
2. Kassenbericht
3. Neuwahlen
4. Verschiedenes.

Etwaige Anträge werden spätestens bis Donnerstag, den 19. Januar beim Vorstand Herrn Fritz Wiber abgegeben werden.

Um recht zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Der Verwaltungsrat.